



REGIONALES KONJUNKTURBAROMETER

Report 2/22

Ein Kooperationsprojekt von:

 Stadtparkasse
Wuppertal

 Stadt-Sparkasse
Solingen

 Stadtparkasse
Remscheid



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL



INHALT

VORWORT	3
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	5
Auswirkungen der Inflation auf die Preis- und Investitionspolitik	13
Arbeitsmarkt	18
BERGISCHES STÄDTE Dreieck	
Das Regionale Konjunkturbarometer	23
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	27
Arbeitsmarkt	31
Impressum	35

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das 2. Quartal 2022 stellt die Bergische Wirtschaft erneut vor eine größere Belastungsprobe: Krieg in Europa, Inflation sowie die anhaltend angespannte Situation auf den Gas- und Energiemärkten schüren die Angst vor einem Abschwung im 2. Halbjahr. Damit übereinstimmend ist der Saldowert für die Geschäftserwartungen deutlich zurückgegangen. Die aktuelle Auftragslage fällt hingegen – trotz anhaltender Lieferengpässe – in den meisten Branchen überraschend positiv aus. Die wirtschaftliche Entwicklung wird in den kommenden Monaten insbesondere davon abhängen, wie schnell es uns gelingt von russischen Öl- und Gaslieferungen unabhängig zu werden. Kurzfristig kann die Energieversorgungssicherheit dabei nur durch Ersatzlieferungen aus anderen Staaten gewährleistet werden. Parallel dazu soll aber auch der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt werden, um künftig eine stärkere Autarkie bei der Energieerzeugung zu gewährleisten. Klimaschutz und Schutz des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind folglich kein Widerspruch, sondern gehen Hand in Hand. Jedoch kann eine echte Autarkie nur dann erreicht werden, wenn mehr Anstrengungen unternommen werden, damit die Entwicklung und Produktion von Photovoltaik- und Windkraftkomponenten (wieder) verstärkt in Europa erfolgt. Erfahren Sie im Kapitel Gesamtwirtschaftliche Entwicklung, welchen Branchen von den Auswirkungen der steigenden Energiekosten am stärksten betroffen sind und besonders pessimistisch auf das 2. Halbjahr blicken.

Trotz der schlechten Konjunkturerwartungen zeigt sich der Arbeitsmarkt sowohl im Bergischen Städtedreieck, als auch in Deutschland äußerst robust. Erfahren Sie im Kapitel Arbeitsmarkt, warum die Personalplanung stärker durch den anhaltenden Fachkräftemangel, als die konjunkturelle Situation beeinflusst wird.

Die regionale Konjunktur wird derzeit maßgeblich von den Effekten globaler Krisen beeinflusst. Aufgrund der besonderen Wirtschaftsstruktur im Bergischen Städtedreieck, unterscheiden sich jedoch die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum von anderen benachbarten Regionen. Im Kapitel Bergisches Städtedreieck erhalten Sie einen Überblick darüber, welche Branchen besonders stark betroffen sind und mit welchen Erwartungen die Bergischen Unternehmen in das 2. Halbjahr 2022 gehen.

Wir hoffen, Ihr Interesse für diesen Report geweckt zu haben und bedanken uns bei den zahlreichen Unternehmen, die an der aktuellen Umfrage teilgenommen haben.

Prof. Dr. André Betzer und Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet
wissenschaftliche Leiter des Regionalen Konjunkturbarometers



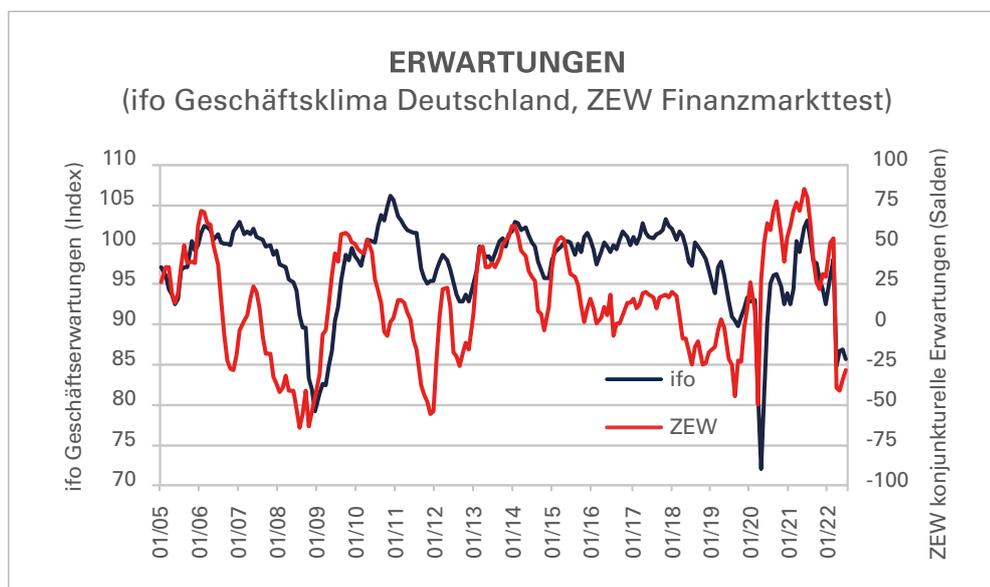
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

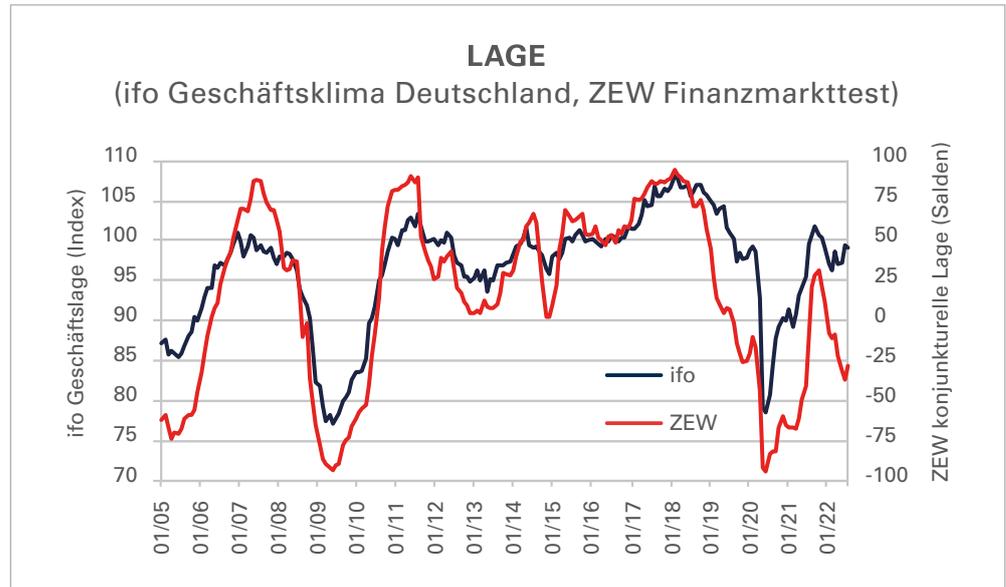
WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN

Zu Beginn des Jahres 2022 sorgte die abflauende COVID-19-Pandemie für eine deutliche konjunkturelle Erholung. Insbesondere die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen verbesserte sich erheblich, so dass der überwiegende Teil der deutschen Unternehmen – trotz bestehender Lieferengpässe – mit einem guten Wachstumsjahr rechnete. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine haben sich jedoch die Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung deutlich verschlechtert. Entgegen der ursprünglichen Annahme, dass die meisten Störungen in den Lieferketten im Jahresverlauf nicht mehr existieren, haben sich die Engpässe bei zahlreichen Rohstoffen durch den Krieg und den damit verbundenen Sanktionen weiter verschärft. Damit verbunden kam es zu deutlichen Preissprüngen bei Erzeuger- und Verbraucherpreisen. Infolge der deutlich

schlechteren, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie hohen geopolitischen Unsicherheiten, haben faktisch alle führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und staatlichen Stellen ihre Wachstumsprognosen für das laufende Jahr nach unten korrigiert.

Damit übereinstimmend, fielen die Geschäftserwartungen der vom ifo-Institut befragten Unternehmen – seit Beginn des Krieges in der Ukraine – deutlich pessimistischer aus. Im Februar 2022 (letzter Wert vor Kriegsbeginn) wies der Saldo noch einen Wert von 98,3 Punkten aus. In der darauffolgenden Befragung fiel der Saldo deutlich auf 84,9 Punkte. Bis zum Ende des 2. Quartals haben sich die Geschäftserwartungen nicht wesentlich verbessert. Im Juni betrug der Saldowert 85,8 Punkte. Einen vergleichbaren Trend weist die





Erwartungskomponente des ZEW-Finanzmarkttests auf. Demzufolge bewerten die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten die wirtschaftliche Entwicklung für das zweite Halbjahr 2022 ebenfalls deutlich pessimistischer als noch zu Jahresbeginn.

Während der Krieg in der Ukraine einen signifikant negativen Einfluss auf die Geschäftserwartungen hat, ist ein entsprechender Effekt für den aggregierten Lagesaldo des ifo-Geschäftsklimas nicht nachweisbar. Zum Ende des 2. Quartals notiert der Lagesaldo mit einem Wert von 99,3 Punkten sogar minimal über dem letzten Wert des Vorquartals (+2,1 Punkte). Anders als bei den Erwartungen besteht hier aber eine stärkere Divergenz in den Beurteilungen über die einzelnen Sektoren. Zudem weist die Lagekomponente des ZEW Finanzmarkttests, abweichend vom ifo-Geschäftsklima, eine negative Reaktion auf den Krieg in der Ukraine aus. [...]

Ein deutliches Auseinanderdriften der Saldowerte der Lage- und Erwartungskomponente ist aktuell im Verarbeitenden Gewerbe zu beobachten. Dies ergibt sich aus der unterschiedlichen Entwicklung des Bestands an Aufträgen und neuen Auftragseingängen. Aufgrund der starken Nachfrage zu Jahresbeginn sind die Auftragsbücher der meisten Industrieunternehmen aber noch gut gefüllt. Trotz einer Verschlechterung bei den Auftragseingängen verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe im 2. Quartal 2022 einen Zuwachs der offenen Aufträge. Im April 2022 lag der Auftragsbestand, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, 18,8 % über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Gleichzeitig wird es für viele verarbeitende Betriebe immer schwieriger, ihre Aufträge abschließend abzuarbeiten. Neben dem Ukraine-Krieg, führte auch die Null-COVID-Politik

der chinesischen Zentralregierung und die damit verbundenen Schließungen von Produktionsstätten und Häfen zu verschärften Lieferengpässen im 2. Quartal. Zudem ist vor allem die Auslandsnachfrage nach Industriegütern aktuell rückläufig.

Auch im zweiten Halbjahr 2022 wird die wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes zu einem großen Teil von dem Faktor der Materialbeschaffung und dem dazugehörigen Lösungsansatz zur Optimierung fehlender Bestände von wirtschaftlich wichtigen Vorprodukten abhängen.¹

Ebenfalls von den Folgen deutlich gestiegener Rohstoffpreise und Lieferengpässen betroffen, war im 2. Quartal 2022 das deutsche Baugewerbe. Im April 2022 fielen die Auftragseingänge um 16,4 % gegenüber dem Vormonat März. Ein größerer Einbruch der Auftragseingänge war zuletzt im November 2012 (-20,1 %) erfasst worden. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) begründete diese Entwicklung damit, dass steigende Finanzierungs- und Baukosten, bedingt durch den Preisanstieg des Baumaterials, für die zurückgehenden Auftragseingänge, sowie dem Rückgang in der Baukonjunktur verantwortlich sind.² Trotz der verschlechterten konjunkturellen Situation ist die Personalauslastung, aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels, weiterhin hoch.

Positive konjunkturelle Effekte, die sich aus den Klimazielen der Bundesregierung für die Bauwirtschaft ergeben, kommen daher aktuell nicht vollumfänglich zum Tragen.³ Zusammenfassend lässt sich im 2. Quartal 2022 eine auf noch hohem Niveau stagnierende Geschäftslage im Bauhauptgewerbe feststellen, da die Umsätze in den ersten vier Monaten einen Zuwachs zum Vorjahresmonat erreichten, der real 0,8 % und nominal 14,2 % betrug.⁴

Der deutsche Einzelhandel setzte zu Beginn des 2. Quartals seinen Abwärtstrend fort und erzielte einen realen Umsatzrückgang von -5,4 % zum Vormonat März 2022. Damit verzeichnete der Einzelhandel im April 2022 einen neuen Umsatztieftiefstand, der zuletzt im Februar 2021 realisiert wurde. Im Unterschied zum Vorjahresmonat April 2021 hatte der Einzelhandelsumsatz ein reales Umsatzminus von -0,4 %, bei gleichzeitigem nominalen Zufluss von 6,2 %, erwirkt. Die Abweichung zwischen den nominalen und realen Umsatzergebnissen kann auf die dynamischen Preissteigerungen innerhalb der Einzelhandelsbranche zurückgeführt werden. Der Handelsverband Deutschland (HDE), als wesentlicher Branchenverband für den Einzelhandel, bestätigte, dass besonders die Auswirkungen des Krieges, in Form von höheren Energie- und Lieferantenpreisen, den Einzelhändlern Sorge bereiten und einen Einfluss auf die

1 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 283 vom 6. Juli 2022

2 Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB), Pressemitteilung vom 24. Juni 2022

3 Handelsblatt, „Baustellen ohne Bauarbeiter? Personalmangel bringt Wohnungsbau und Klimaziele in Gefahr“, Artikel vom 26. Mai 2022

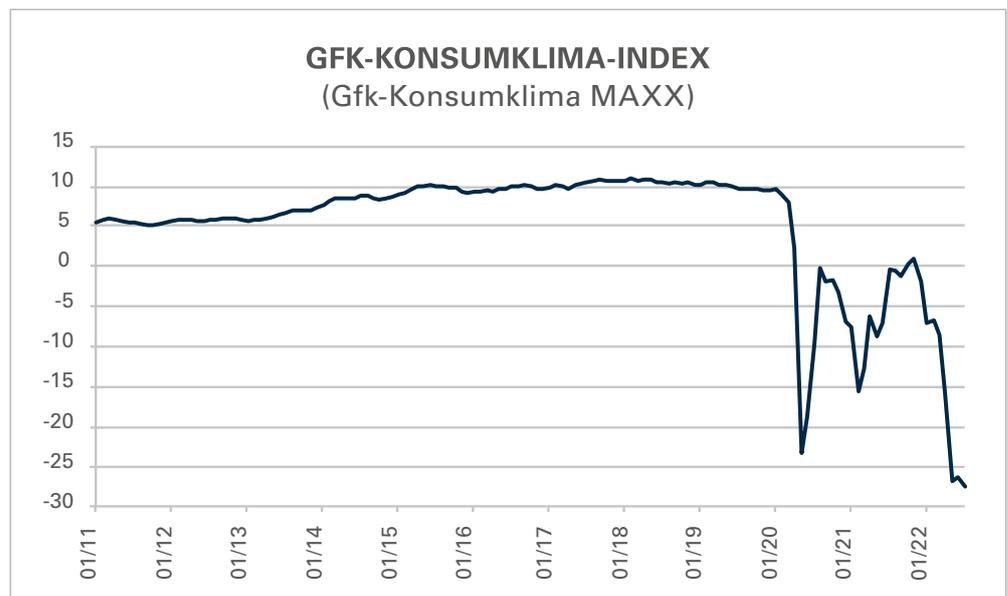
4 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 178 vom 24. Juni 2022

Preise der Handelsunternehmen haben. Auch die Verbraucherstimmung, die durch den Index des HDE-Konsumbarometers gemessen werden kann, trübte sich – als Reaktion auf die Preiserhöhungen im Einzelhandel – ein.⁵

Zudem nahm der Umsatz im Einzelhandel im April 2022 real um -6,5 % in Bezug auf den Wert vom Vorjahresmonat April 2021 ab. Diese negative Tendenz kann durch die deutlich gestiegenen Preise für Lebensmittel abgeleitet werden, die sich durch die Zunahme im Teilindex Nahrungsmittel des Verbraucherpreisindex von 8,6 % zum Vorjahresmonat ergab.

In Kontrast dazu, verzeichnete der Einzelhandel von Nicht-Lebensmitteln, im Vergleich zum Vorjahresmonat, einen realen Umsatzgewinn von 7,2 %, da der April 2021 noch von weitreichenden Auswirkungen der Lockdown-Maßnahmen im Kontext

der Pandemie geprägt war.⁶ Erst im Mai 2022 konnte der Umsatz im Einzelhandel um real 0,6 % gegenüber dem Vormonat gesteigert werden. Nur im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels verringerte sich der Umsatz gegenüber April 2022, um real -0,6 %. Der Rückgang beim Konsum von Lebensmitteln kann vermutlich ebenfalls mit dem deutlichen Preisanstieg von Lebensmitteln in Verbindung gebracht werden. Lebensmittel waren im Mai 2022, im Vergleich zum Vorjahresmonat, 11,1 % teurer. Besonders der Verkauf von Fleisch- und Fischwaren brach um -9,7 % bzw. -13,1 %, im Gegensatz zum Vormonat, ein.⁷ Der Rückgang im Einzelhandel sowie der eingeschränkte Konsum von Fleisch und Fisch, lässt sich durch den bewussten Verzicht privater Haushalte in Deutschland begründen, die einen Kaufkraftverlust aufgrund der hohen Teuerungsraten bei Lebensmitteln und Energie, erlitten haben. Ein ähnlicher Preisanstieg



5 Handelsverband Deutschland (HDE), Pressemitteilung vom 16. Juni 2022
 6 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 225 vom 1. Juni 2022
 7 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 273 vom 30. Juni 2022

für private Haushalte ließ sich zuletzt 1973/1974 nach der ersten Ölkrise und dem überproportionalen Mineralölpreisanstieg verzeichnen. Inwieweit sich die Verbraucherstimmung und damit auch die Konsumlaune verbessern, hängt – nach Einschätzungen des deutschen Marktforschungsinstituts GfK – stark von dem Kriegsverlauf in der Ukraine und der Inflationshöhe ab.⁸

Selbst der GfK-Konsumklimaindex, der u. a. die Konsumneigung privater Haushalte in Deutschland analysiert, hatte sich zu Anfang des 2. Quartals 2022, zum zweiten Mal in Folge, deutlich verschlechtert.

Die Anschaffungsneigungen privater Haushalte gingen aufgrund der schlechteren Konjunktur- und Einkommenserwartungen deutlich zurück. Dementsprechend erreichte die Prognose des GfK-Konsumklimaindex im April 2022 einen Wert von -15,7 Punkten. Gleichzeitig sanken die Konjunkturerwartungen auf einen Stand von -16,4 Punkten, der sich durch die Rezessionsangst der deutschen Konjunktur begründen lässt.⁹ Im Mai 2022 sank der Saldo erneut auf einen Wert von -26,6 Punkten. Obwohl die Konjunktur- und Einkommenserwartungen marginale Zuwächse aufwiesen, blieb die konjunkturelle Anschaffungsneigung

⁸ Handelsblatt, „Einzelhandel nimmt weniger ein – Einbruch beim Lebensmittelumsatz“, Artikel vom 1. Juni 2022

⁹ GfK, Pressemitteilung vom 27. April 2022



nahezu unverändert niedrig. Der Indikator der Konjunkturerwartungen blieb im Saldo weiter negativ bei einem Wert von -9,3 Punkten und implizierte damit weiter überwiegend pessimistische Zukunftsaussichten.¹⁰ Damit übereinstimmend brach der GFK-Konsumklimaindex zum Ende des 2. Quartals, im Juni 2022, weiter ein und die Verbraucherstimmung der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Der Stand des GFK-Konsumklimaindex im Juni 2022 betrug -26,2 Punkte und auch die Konjunkturerwartungen blieben – aus Angst der Verbraucher vor einer möglichen Rezession – weiter negativ bei -11,7 Punkte. Dadurch, dass für Energie und Lebensmittel von privaten Haushalten deutlich mehr finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen, sinkt die Anschaffungsneigung kontinuierlich und große Anschaffungen können sogar ganz entfallen.¹¹

Der im 2. Quartal 2022 veröffentlichte ifo-BVL-Logistikindikator prognostiziert die zukünftigen Geschäftserwartungen der nächsten 6 Monate in der deutschen Transport- und Logistikbranche als negativ. Ähnlich, wie andere Branchen führen wirtschaftliche Folgen der COVID-19-Pandemie und Auswirkungen des Ukraine-Krieges zu Unsicherheiten beim weltweiten Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Die sanktionsbedingte Abgrenzung zu Russland sorgte für tiefgreifende Konsequenzen hinsichtlich der kritischen Abhängigkeiten von Wertschöpfungsketten.

Gleichzeitig gewann der Faktor Verfügbarkeit, nach massiven Lieferkettenproblemen und Verzögerung im Transport, beispielsweise durch Staus in der deutschen Containerschifffahrt, innerhalb der Branche stark an Bedeutung. Während der Transportbereich auf Rohstoffe und weitere Vorprodukte seiner Kunden wartete oder es Probleme beim Warenversand gab, kämpfte der Logistikbereich mit der Hürde, dass Kapazitäten aufgrund von Personalmangel nicht aufgestockt werden konnten.

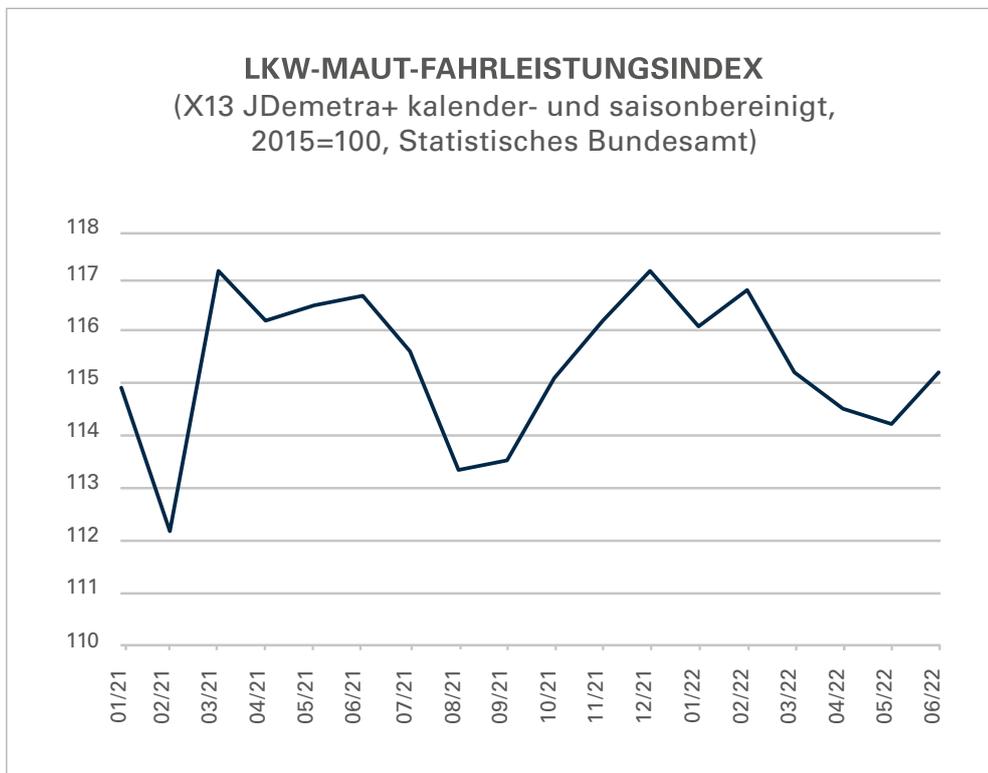
Der LKW-Maut-Fahrleistungsindex, als ein Indikator für die wirtschaftliche Aktivität im deutschen Straßengüterverkehr, verstärkte im 2. Quartal 2022 den negativen Eindruck der Transport- und Logistikbranche. Der Index nahm im April 2022 um -0,8 % gegenüber dem Vormonat ab. Im Vergleich zum Vorjahresmonat April 2021 betrug der Rückgang in der LKW-Fahrleistung knapp -1,5 % und lässt auf einen Rückgang in der Aktivität im Straßengüterverkehr zu Anfang des 2. Quartals 2022 schließen.¹² Im Mai 2022 blieb der Abwärtstrend der LKW-Fahrleistung weiter intakt, flachte jedoch in seiner Ausprägung etwas ab. Gegenüber April 2022 verringerte sich der Wert um -0,3 % und lag, im Gegensatz zum Vorjahresmonat Mai 2021, bei -2,1 %.¹³ Auch die steigenden Dieselpreise wirkten sich negativ auf die Fahrleistung der Transport- und Logistikbranche aus und führten dazu, dass einzelne Aufträge aufgrund von fehlender

¹⁰ GfK, Pressemitteilung vom 25. Mai 2022

¹¹ GfK, Pressemitteilung vom 28. Juni 2022

¹² Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 193 vom 9. Mai 2022

¹³ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 235 vom 9. Juni 2022



Wirtschaftlichkeit nicht angenommen wurden.¹⁴ Erst im Juni 2022 stieg der LKW-Maut-Fahrleistungsindex wieder an und nahm um 0,9 % gegenüber dem Vormonat zu. Verglichen mit dem Vorjahresmonat, lag die LKW-Fahrleistung jedoch noch knapp -1,3 % unter dem Niveau vom Juni 2021. Der Bundesvereinigung Logistik (BVL) nach, wird es entscheidend sein, inwieweit diese Missstände im 3. und 4. Quartal 2022 abgebaut werden können und welchen Einfluss hohe Energiepreise und steigende Lohnkosten auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Logistiksektors haben werden.¹⁵

Aufgrund der Kriegsfolgen, der Nachwirkungen der letzten Pandemiewel-

le, gestörter Lieferketten sowie stark steigender Preise stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal 2022.¹⁶ Zudem passten nahezu alle Wirtschaftsforschungsinstitute und staatlichen Stellen ihre jährlichen Schätzungen für das BIP-Wachstum nach unten, auf durchschnittlich 2,1 %, an. Die jährlichen Schätzungen lagen damit durchschnittlich knapp 0,4 Prozentpunkte niedriger als noch im 1. Quartal 2022. Der kleinste Wert des jährlichen BIP-Wachstums mit 1,5 % wurde vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH Halle) prognostiziert. Ein Ausreißer ergab sich in der Konjunkturprognose bei der Ermittlung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW Berlin), die seit ihrer Ver-

¹⁴ Handelsblatt, „Spediteure klagen über hohen Dieselpreis: Überlegen, ob wir die Fahrzeuge einfach stehen lassen“, Artikel vom 23. März 2022

¹⁵ Bundesvereinigung Logistik (BVL), Kommentar zum ifo-BVL-Logistikindikator vom 15. Mai 2022

¹⁶ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 322 vom 29. Juli 2022

öffentlichung im Februar 2022 das geschätzte BIP-Wachstum von 3,0 % vor dem Kriegsbeginn noch nicht angepasst haben. Weitere Institutionen und Forschungseinrichtungen, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Sachverständigenrat), das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWi), das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW

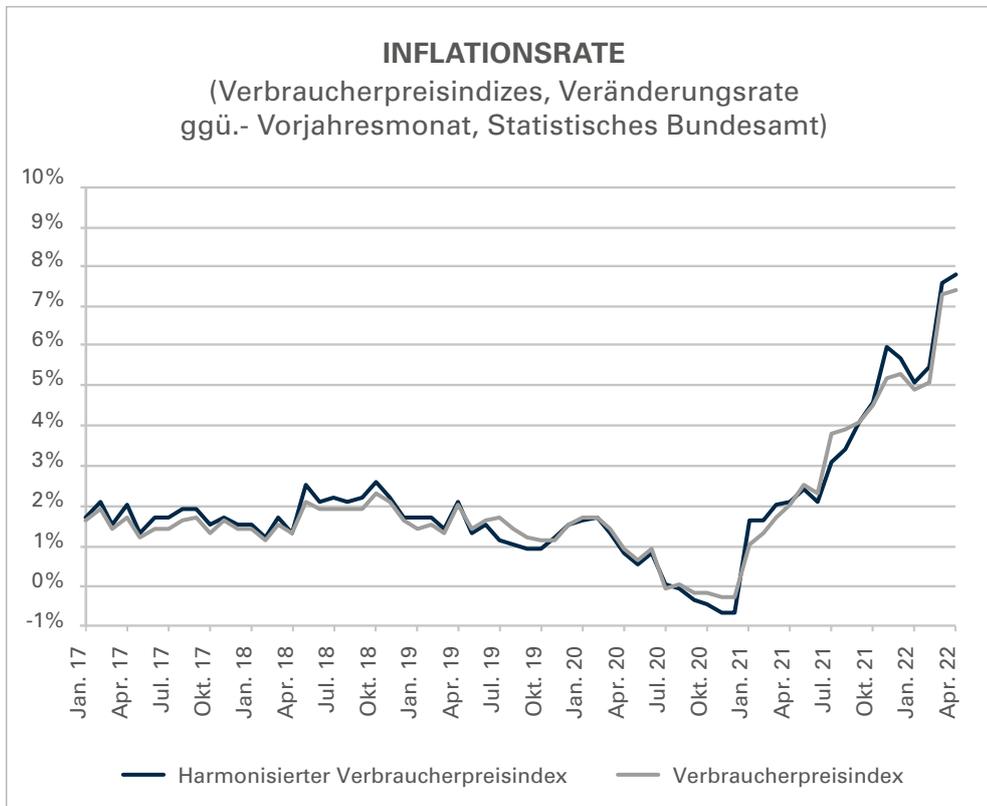
Kiel), das RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen), das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI Hamburg), das ifo-Institut (ifo München) sowie das Gemeinschaftsgutachten passten ihre Konjunktureinschätzung fortlaufend quartalsweise den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an und konnten daher die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland passgenauer abbilden.

ÜBERSICHT KONJUNKTURPROGNOSEN

(Prognosewerte der jeweiligen Institution, eigene Darstellung)

INSTITUTION	STAND	BIP (Veränderung in % ggü. dem Vorjahr)	
		2021	2022
Sachverständigenrat	März 2022	1,8 %	3,6 %
Bundesregierung/BMWi	April 2022	2,2 %	2,5 %
IWH Halle	Juni 2022	1,5 %	2,0 %
IfW Kiel	Juni 2022	2,1 %	3,3 %
RWI Essen	Juni 2022	1,9 %	2,7 %
HWWI Hamburg	Juni 2022	1,7 %	2,5 %
OECD	Juni 2022	1,9 %	1,7 %
DIW Berlin	Februar 2022	3,0 %	2,9 %
ifo München	Juni 2022	2,5 %	3,7 %
IW Köln	April 2022	2,7 %	3,1 %
Minimum		1,5 %	1,7 %
Maximum		3,0 %	3,7 %
Arithmetischer Mittelwert		2,1 %	2,8 %

AUSWIRKUNGEN DER INFLATION AUF DIE PREIS- UND INVESTITIONSPOLITIK



In den Jahren unmittelbar vor der COVID-19-Pandemie befand sich die Inflationsrate in Deutschland auf einem niedrigen Niveau. Dies war kein zeitlich begrenzender Effekt, sondern es handelte sich um einen länger anhaltenden Abwärtstrend, der bereits in den 1980er Jahren begonnen hatte. Bei der Gestaltung der Preis- und Investitionspolitik der hiesigen Unternehmen spielte daher die Sorge um die Inflation bis vor Kurzem keine oder nur eine untergeordnete Rolle.

Mit dem Auslaufen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie verbesserte sich die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen

deutlich. Gleichzeitig verschärfte sich die Lieferengpässe bei zahlreichen industriellen Vorprodukten und Baustoffen. Zu Beginn des Jahres 2022 gab es zunächst keine Anzeichen für eine Entspannung der Lage. Insbesondere die Lieferung von ausländischen Gütern über den Seeweg war geprägt von massiven Verzögerungen, aufgrund eines weltweiten Schiffstaus. Dies ist unter anderem auf einen Mangel an Seecontainern sowie länger anhaltenden Schließungen chinesischer Häfen und Produktionsstätten – aufgrund der dort geltenden Null-COVID-Strategie – zurückzuführen. Mit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die



Ukraine haben sich zudem die Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittelpreise deutlich verteuert.

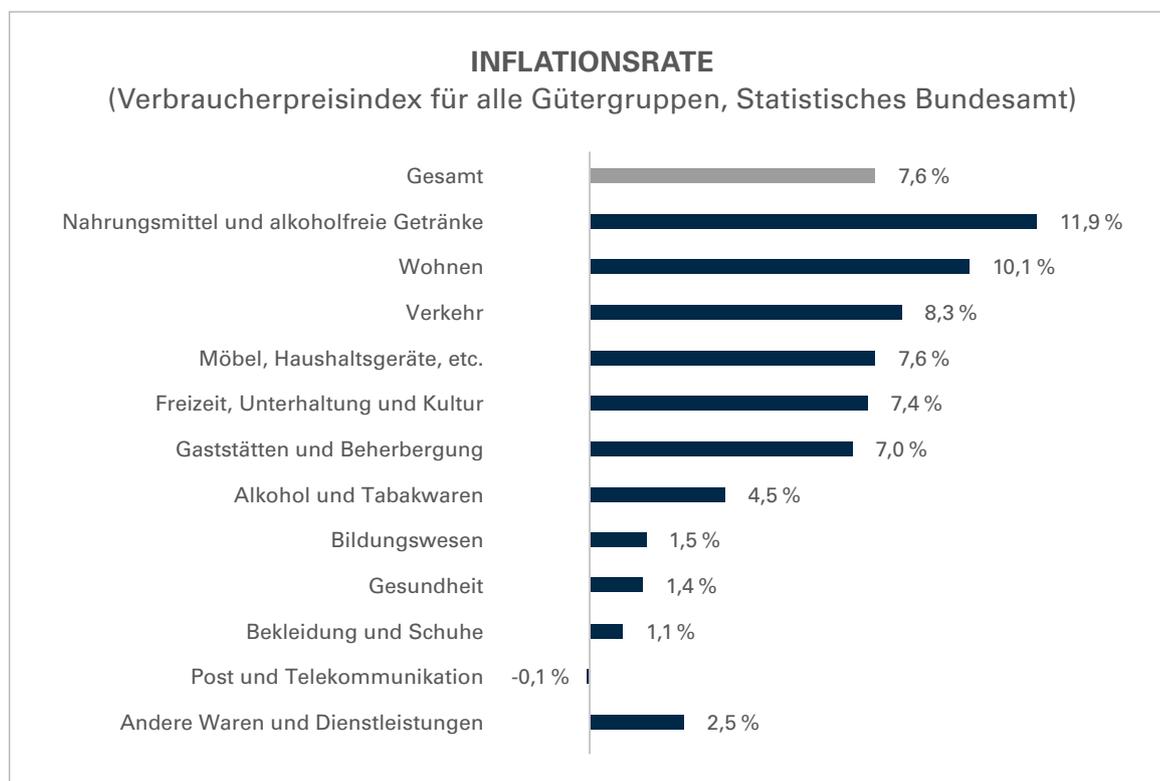
Da von diesen Preissteigerungen Deutschland und der gesamte europäische Währungsraum (Euroraum) betroffen ist, überrascht es nicht, dass auch die von uns befragten Unternehmen im Bergischen Städtedreieck von den Auswirkungen gesteigerter Erzeugerpreise betroffen sind. Als Reaktion darauf haben

diese häufig ihre Preise erhöht, um die gestiegenen Kosten – zumindest anteilig – an ihre Kunden weiterzugeben. Am häufigsten wurden die Preise im Baugewerbe angehoben. Dort betrug die Preissteigerung durchweg mehr als 5 %. Bei 94,4 % der befragten Unternehmen, wurden ebenfalls nahezu durchweg die Preise im Transport und Logistiksektor erhöht. Dort lagen die Preissteigerungen allerdings unterhalb von 5 %. Daneben erhöhten 75,7 % der befragten Unter-

nehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre Preise um weniger als 5 % und 16 % um mehr als 5 %. Im Handel erhöhten in Summe 76,5 % der Unternehmen ihre Preise, wobei die Höhe der Preisanpassungen über die verschiedenen Warengruppen stark variiert. Noch heterogener fällt das Ergebnis für den Dienstleistungssektor aus. Dort gaben 41,3 % der befragten Unternehmen an, ihre Preise nicht angepasst zu haben.

Nachgelagert zu den Erzeugerpreisen reagieren typischerweise die Verbraucherpreise, deren Veränderung als Basis für die Messung der Inflationsrate dient. Im 2. Quartal 2022 lag die Inflationsrate – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – durchweg über 7 %. Von Mai auf Juni 2022

sankt die Inflationsrate um 0,3 Prozentpunkte auf 7,6 %. Das Statistische Bundesamt führt den leichten Rückgang teilweise auf die befristete Einführung des 9-Euro-Tickets zum 1. Juni 2022 sowie auf die Senkung der Mineralölsteuer („Tankrabatt“) zurück. Wären die Preise für Kraftstoffe und für den öffentlichen Nahverkehr, ohne Entlastungsmaßnahmen, unverändert gegenüber Mai 2022 geblieben, hätte sich im Juni 2022 rechnerisch eine Inflationsrate von 8,6 % ergeben. Haupttreiber für die hohe Inflation sind nach wie vor Preiserhöhungen bei Energieprodukten, infolge der Kriegs- und Krisensituation. So lagen die Preise für Energieprodukte im Juni 2022 rund 38 % über dem Vorjahresniveau. Daneben reduzieren vor allem deutliche Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln die Kaufkraft der



privaten Haushalte. Rein rechnerisch hätte die Inflationsrate ohne Energiekosten und Nahrungsmittel im Juni bei lediglich 3,2 % gelegen.

Zur Dämpfung der negativen Auswirkungen der deutlich gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise werden aktuell eine Vielzahl von fiskalpolitischen Maßnahmen in Erwägung gezogen. Unter anderem wird innerhalb der Bundesregierung diskutiert, inwieweit Energiepreise gedeckelt und Mehrbelastungen insbesondere für einkommensschwache Haushalte durch Einmalzahlungen kompensiert werden können. Da zum aktuellen Zeitpunkt noch keine konkreten Beschlüsse vorliegen, können wir diese noch nicht im Detail erörtern.

Da die Inflationsraten im Euroraum deutlich vom mittelfristigen Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) in Höhe von 2 % abwichen, erwarteten zahlreiche Wirtschafts- und Finanzexperten eine restriktivere Geldpolitik für den Euroraum. Am Freitag, den 21. Juli 2022, gab die Präsidentin der EZB Christine Lagarde bekannt, dass der EZB-Rat beschlossen habe, die drei Leitzinssätze um jeweils 50 Basispunkte mit Inkrafttreten zum 27. Juli 2022 anzuheben. Damit wird der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte erstmals nach elf Jahren von null auf 0,5 % angehoben. Ursprünglich wurde eine Zinserhöhung um 25 Basispunkte in Aussicht gestellt. Der Spitzenrefinanzierungssatz, zu dem sich Geschäftsbanken kurzfristig (über Nacht) Geld bei der

EZB beschaffen können, erhöht sich von 0,25 % auf 0,75 % und der Einlagesatz, zu dem Geschäftsbanken kurzfristig nicht benötigtes Geld anlegen können, wird von -0,50 % auf 0,00 % angehoben. In den künftigen Sitzungen wird der EZB-Rat, abhängig von der Daten- und Informationssituation, weitere Zinsbeschlüsse fassen, um den Zielwert der Inflationsrate von 2 % mittelfristig zu erreichen. Ungeachtet der Debatte um die Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen auf die aktuell vor allem angebotsbedingten Preissteigerungen, sind die Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen unstrittig. Kredite für Investitionstätigkeiten werden teurer.

Die steigende Preisentwicklung im ersten Halbjahr stellt ebenso zunehmend eine größere Herausforderung in der Investitionsplanung der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck dar. Einzig gaben ausnahmslos alle befragten Branchenvertreter im Transport und Logistik an, ihre Investitionstätigkeit im zweiten Halbjahr nicht zu verändern. In allen anderen Sektoren wurden zum Teil bereits Reduktionen in der Investitionstätigkeit eingeplant. Nur in einigen Fällen werden im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und bei den Dienstleistungen Investitionsvolumen sogar erhöht. Da die Befragung vor der Bekanntgabe der EZB am 21. Juli 2022 zur Leitzinserhöhung, die nun höher ausfällt als ursprünglich gedacht war, erfolgte, können sich die Pläne der Unternehmen in ihrer Investitionspolitik entsprechend dem neuen Kenntnisstand stark verändert haben.

Nach unserer aktuellen Befragung halten die meisten Unternehmen im Bergischen Städtedreieck an ihren geplanten Investitionen für das zweite Halbjahr, trotz aktuell hoher Inflationsrate und den damit verbundenen Zinserhöhungen, fest. Lediglich im Handel findet sich mit 23,5 % eine größere Anzahl von Unternehmen, die ihr Investitionsvolumen bereits in der nahen Zukunft reduzieren wollen. Bei diesen Ergebnissen gilt zu beachten, dass wir lediglich nach der kurzfristigen Investitionsplanung gefragt haben und die Zinsentscheidung der EZB zum Ende der Umfrage noch nicht beschlossen war.

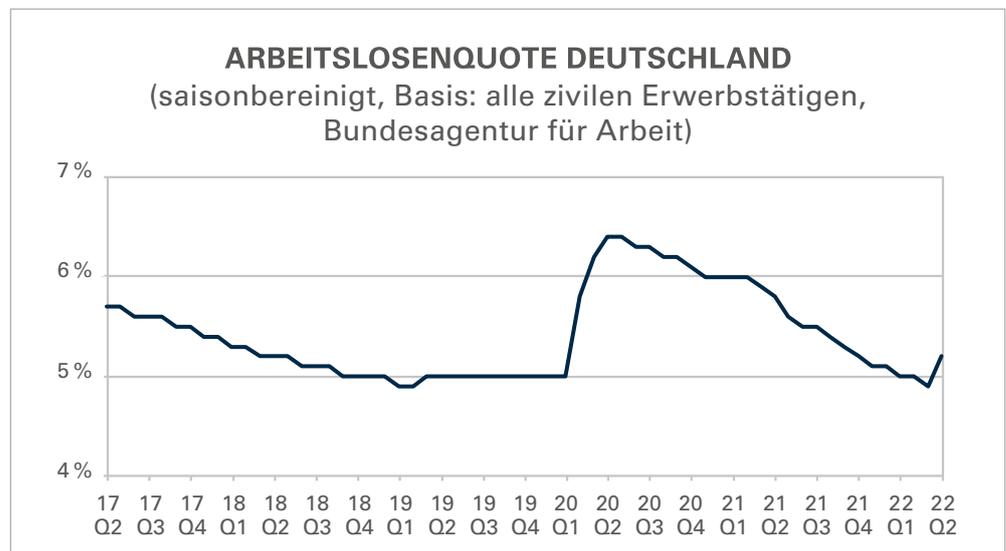
Neben den aktuellen Auswirkungen der hohen Inflationsraten wird derzeit vor allem diskutiert, ob es sich um einen „temporären Inflationsschock“ oder ein länger andauerndes Phänomen handelt. In der öffentlichen Debatte wurde dabei über die Möglichkeit der Entstehung einer Lohn-Preis-Spirale diskutiert. Hierbei handelt es sich – vereinfacht dargestellt – um das gegenseitige Aufschaukeln von Löhnen und Preisen. Erhöhte Preise führen zu Lohnerhöhungsforderungen bei den privaten Haushalten und Gewerkschaften einerseits, welche sich – bei Erfüllung durch die Unternehmen – andererseits als Kos-

tenfaktor wieder auf die Preise niederschlägt. Tatsächlich gaben 79,6 % der von uns befragten Unternehmen an, dass sie Lohnsteigerungen im laufenden Jahr in Form von Preiserhöhungen weitergeben würden. Gleichzeitig fordern Arbeitnehmervertreter bereits einen adäquaten Ausgleich für die gesunkene Kaufkraft. Zudem ist die Anhebung des Mindestlohns bereits beschlossen. Darüber hinaus können anhaltende Fachkräftengpässe zu steigenden Löhnen in den davon betroffenen Branchen führen. Wie stark sich entsprechende Zweitrundeneffekte tatsächlich auf die Inflation auswirken, lässt sich allerdings erst im Jahresverlauf – nach den wichtigsten Tarifabschlüssen – bewerten.

Ein weiterer Faktor, der über die Dauer und Höhe der Inflation entscheiden wird, ist die Verfügbarkeit von fossilen Brennstoffen sowie die Geschwindigkeit und Kosten der Umstellung der deutschen Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen besteht ein erhebliches Risiko für die deutsche und bergische Wirtschaft, dass Deutschland aus eigener Kraft kurzfristig nur bedingt reduzieren kann.



ARBEITSMARKT



Zum Ende des 2. Quartals zeigt sich der Arbeitsmarkt weitestgehend robust gegenüber den Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Verwerfungen und deren wirtschaftlichen Folgen. Entsprechend hält

der positive Trend, dem der Arbeitsmarkt saisonüblich im Frühjahr folgt, weitestgehend auch im Verlauf des 2. Quartals des Jahres an. Zum 1. Juni erfolgte der Übergang geflüchteter ukrainischer Staatsangehö-

riger in den Rechtskreis des SGB II und damit die Betreuung durch die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit. Zum Ende des 2. Quartals erfolgt dabei erstmalig deren umfassende Ausweisung in den Statistiken der Bundesagentur. Insbesondere die Arbeitslosigkeit entwickelt sich in Folge dessen sehr dynamisch.

Nach vorläufiger Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit waren im Juni 2022 rund 251.000 erwerbsfähige Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Vorjahresmonat. Das entspricht einem deutlichen Rückgang von 9,6 % auf nun 2.362.888 erwerbsfähige Personen ohne Arbeit. Saisonbereinigt beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 5,3 %. Dass sich diese in den Vormonaten noch auf einem konstanten Niveau von 5,0 % bewegte, ist ein deutliches Anzeichen für den aus der Fluchtmigration resultierenden Anstieg der Zahl erfasster arbeitsloser Personen. Insgesamt weisen die Statistiken der Bundesagentur im Juni mit 125.000 Personen fast neunmal mehr arbeitslose ukrainische Staatsangehörige aus als noch im Vormonat. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der zunächst pauschal als arbeitslos erfassten Ukrainerinnen und Ukrainer Ungenauigkeiten unterliegt. Aufgrund des fortwährenden Erfassungsprozesses, ist zudem der Großteil der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit noch nicht in den Statistiken berücksichtigt. Die Fluchtmigration wird somit auch in den kommenden Monaten einen potenziell erhöhenden Effekt auf die Zahl der Arbeitslosen haben.

Rechnet man die Auswirkungen der Fluchtmigration aus den Arbeitslosenzahlen hingegen heraus, so ergibt sich zum Ende des 2. Quartals ein differenzierteres Bild. Im Vergleich zum Juni 2021 sinkt die Zahl der Arbeitslosen um 367.000 Personen. Trotz leichter Anstiege zum Ende des 2. Quartals, zeigt die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen seit Monaten einen weiter abnehmenden Trend.

Im Ländervergleich zeigen sich anhaltend systematische Unterschiede zwischen Flächen- und Stadtstaaten. Die Bundesländer mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten sind Bayern (3,1 %) und Baden-Württemberg (3,5 %). Die Stadtstaaten Bremen (9,9 %) und Berlin (8,7 %) weisen hingegen die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Ähnlich zeigen sich auch im Vergleich von ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern teils deutliche Unterschiede. Trotz des nahezu unveränderten Länderrankings sinkt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in den ostdeutschen Bundesländern (-0,6 Prozentpunkte) saisonbereinigt etwas stärker als in Westdeutschland (-0,5 Prozentpunkte). Die Bundesagentur beziffert den erhöhenden Einfluss ukrainischer Fluchtmigration auf die Arbeitslosenquoten auf 0,1 Prozentpunkte (Saarland) bis 0,5 Prozentpunkte (Mecklenburg-Vorpommern). Sie weist jedoch ebenso darauf hin, dass die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der unterschiedlich schnell erfolgenden Erfassung ukrainischer Staatsangehöriger auch auf regionaler Ebene Ungenauigkeiten unterliegen kann.



Das Arbeitsplatzangebot bewegt sich weiter auf einem hohen Niveau. Insgesamt verzeichnet die Bundesagentur für Arbeit im Juni 2022 einen Bestand von 877.042 gemeldeten freien Stellen. Das entspricht einem Anstieg von 26,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Verlauf des 2. Quartals erfasst die Bundesagentur saisonbereinigt jedoch einen leichten Rückgang der neu gemeldeten Stellen.

Derartige Rückgänge lassen sich teilweise dadurch erklären, dass die Zahl der neu gemeldeten Stellen unterjährig zufälligen Schwankungen unterliegen kann. Allerdings steigt auch die Zeitspanne, zwischen gewünschtem und tatsächlichem Besetzungstermin (die sog. Vakanzzeit), gegenüber dem Vorjahr leicht an. Dies deutet darauf hin, dass nach dem Abbau pandemiebedingter Arbeitslosigkeit zunehmend differenziertere Anforderungsprofile die Besetzung freier Stellen erschweren dürften. Auf eine solche Entwicklung weist auch der Arbeitskräfteknappheits-Index des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hin. Dieser beruht auf bundesweiten Befragungen der Arbeitsagenturen und weist aus, inwieweit die Besetzung offener Stellen durch das verfügbare Arbeitskräfteangebot erschwert wird. Im Verlauf des 2. Quartals 2022 rangierte der Index auf Werten, die sogar noch leicht über dem Niveau vor Eintreten der Pandemie lagen.

Mit dem IAB-Arbeitsmarktbarometer publiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung einen weiteren wichtigen Frühindikator für die Entwicklung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes. Auch hier lassen sich die anhaltend guten Beschäftigungsperspektiven ablesen. Mit einem Wert von 102,9 Punkten liegt das Barometer weiterhin in einem positiven Bereich (Skala des Barometers: 90 = sehr schlechte Entwicklung; 110 = sehr gute Entwicklung; 100 = neutrale/gleichbleibende Entwicklung). Allerdings sank das

Barometer zum Ende des 2. Quartals 2022 deutlich. Der Rückgang wird historisch nur durch den Einbruch des Arbeitsmarktes in Folge des Eintretens der COVID-19-Pandemie im April 2020 übertroffen. Die Ursachen für den Rückgang unterscheiden sich jedoch deutlich von den Gegebenheiten zur Mitte des Jahres 2020.

Das Barometer besteht aus zwei Teilkomponenten, welche die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszahlen für die kommenden drei Monate prognostizieren. Im Juni fällt die Arbeitslosigkeitskomponente auf einen negativen Wert von 99,2 und zeigt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit an. Dieser ist jedoch gänzlich den Auswirkungen der ukrainischen Fluchtmigration zuzuschreiben und zeigt den für die kommenden Monate erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit an. Die Beschäftigungskomponente hingegen deutet mit einem Wert von 106,5 einen fortwährend hohen Bedarf an Arbeitskräften an.

Eine nach Wirtschaftssektoren differenzierte Prognose der Einstellungsbereitschaft deutscher Unternehmen liefert das Beschäftigungsbarometer des Münchner ifo Instituts. Nachdem der Wert des Barometers im Mai vorübergehend anstieg, ging er im Juni wieder leicht zurück. Die anhaltend hohe Einstellungsbereitschaft zeugt laut ifo jedoch von bestehenden Fachkräfteengpässen. Nur in vereinzelten Branchen scheinen die Unsicherheiten in Bezug auf die Auswirkungen geopolitischer Verwerfungen auf die Geschäftslage vieler Unternehmen, die Personalplanungen negativ zu beeinflussen.

So verbleibt der Personalbedarf im Verarbeitenden Gewerbe (+10,2) sowie im Dienstleistungssektor (+18,6) fortwährend hoch. Für einzelne Teilbereiche, wie etwa der chemischen Industrie, stellt das ifo Institut jedoch eine zunehmende Zurückhaltung fest. Ebenso ist im Handel (+2,4) und im Bauhauptgewerbe (+1,7) nicht mit einem Anstieg des Beschäftigungsniveaus zu rechnen.



BERGISCHES STÄDTEDREIECK

DAS REGIONALE KONJUNKTURBAROMETER

Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein qualitativer Indikator, der die konjunkturelle Lage und Entwicklung des Bergischen Städtedreiecks erfasst. Der Indikator basiert auf einer quartalsweisen Befragung von Unternehmen im Bergischen Städtedreieck zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage sowie ihren Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung.

Vergleichbare Indikatoren werden auf nationaler Ebene von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten (z. B. ifo, ZEW) bereits seit längerem erhoben und finden in Wirtschaft, Politik und Medien große Beachtung. Da die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene allerdings systematisch von der nationalen Entwicklung abweichen kann, stellt das Regionale Konjunkturbarometer ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck dar. Insbesondere Unternehmen, deren Produktionsstandorte und/oder Absatzmärkte eng mit dem Bergischen Städtedreieck verbunden sind, können durch das Regionale Konjunkturbarometer künftig bessere Managemententscheidungen treffen. Auch für lokal agierende Finanzinstitute ist die regionale wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung und sollte in das Risikomanagement durch geeignete Kennzahlen einfließen. Ebenso helfen regionale Konjunkturprognosen politischen Ent-

scheidungsträgern mögliche Auswirkungen von kommunalen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen besser abschätzen zu können.

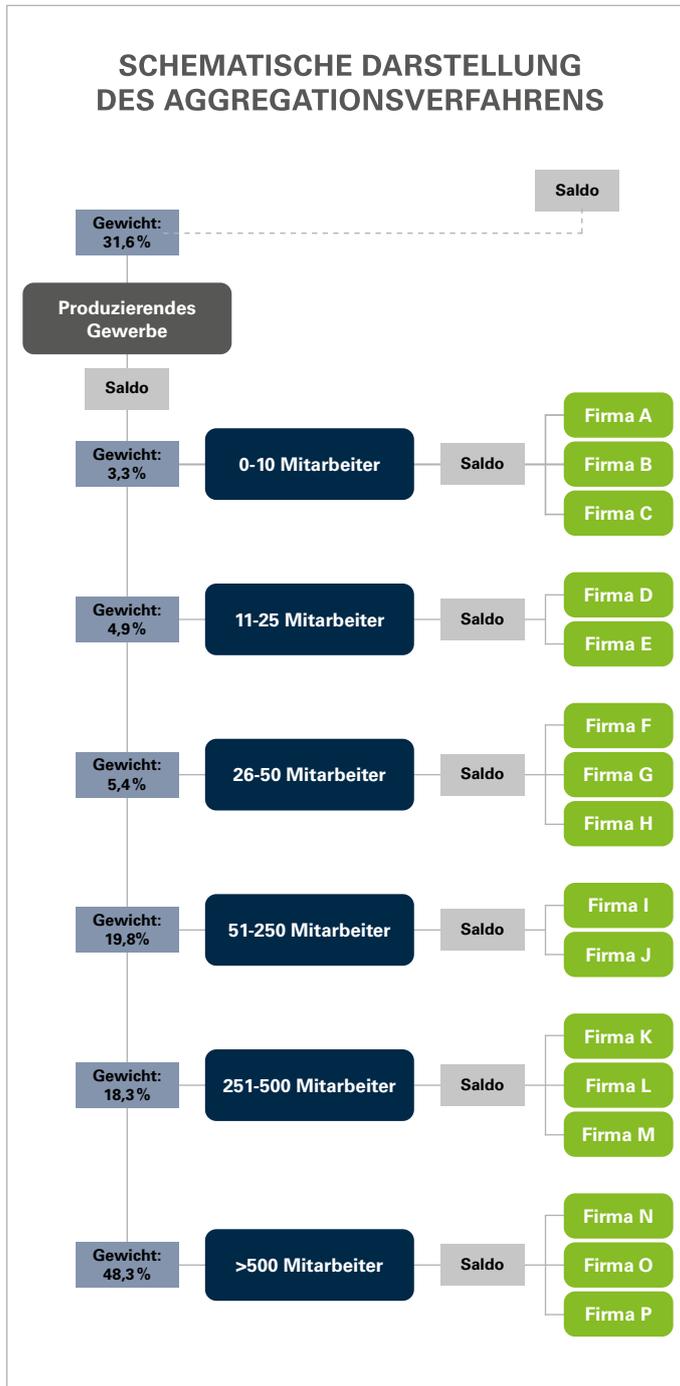
Die Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer besteht aus vier Fragen:

1. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage
2. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate
3. Die aktuelle Nachfragesituation
4. Die Personalplanung für die nächsten sechs Monate

Die Fragen werden quartalsweise in den Sektoren: Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Handel und Dienstleistungen erhoben.

Die Ergebnisse der ersten beiden Fragen bilden die zwei Komponenten des Regionalen Konjunkturbarometers: (i) Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und (ii) die Erwartungen der befragten Unternehmer hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten. Die Frage zur aktuellen Geschäftslage kann mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ beantwortet werden. Die Frage zu den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate kann mit „etwas günstiger“, „etwa gleich“ oder „eher schlechter“ beantwortet werden.¹⁷

¹⁷ Die Antwortmöglichkeiten folgen den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Harmonisierung von Unternehmens- und Verbraucherstichproben.



Für die beiden Komponenten wird jeweils der Saldo aus positiven (gut/etwas günstiger) und negativen (schlechter/eher schlechter) Antworten berechnet. Die beiden Salden können jeweils Werte von -100 % bis +100 % annehmen. Bewerten die Teilnehmer z. B. die aktuelle Geschäftslage zu 60 % mit „gut“, 15 % mit „befriedigend“ und 25 % mit „schlecht“, dann ergibt sich ein Saldo von +35 %.

Da der Beitrag der befragten Unternehmen zur regionalen Wirtschaftsleistung nicht gleich hoch ist, sondern vielmehr in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße und der Branchenzugehörigkeit variiert, verwenden wir ein zweistufiges Gewichtungsverfahren zur Berechnung der Salden:

1. Die verschiedenen Sektoren tragen in unterschiedlichem Maß zur regionalen Wirtschaftsleistung (regionales BIP) bei. Deshalb werden die Antworten der Unternehmen für jeden Sektor getrennt ausgewertet.
2. Die Unternehmensgröße hat einen wesentlichen Einfluss auf den Beitrag eines Unternehmens zur regionalen Wirtschaftsleistung. Innerhalb eines Sektors werden deshalb nochmals Teilstichproben auf Basis der Unternehmensgröße gebildet. In jeder Teilstichprobe finden sich somit Unternehmen mit ähnlicher Größe und Unternehmensgegenstand.

$$KB = \sqrt{(GL + 200) * (GE + 200)} - 200$$

Für jede Teilstichprobe wird unsere Saldenmethodik einzeln angewendet. Aus den Salden wird dann ein gewichteter Mittelwert je Sektor berechnet. Bei der Gewichtung innerhalb eines Sektors wird berücksichtigt, wie viele Unternehmen es für die jeweilige Teilstichprobe im Bergischen Städtedreieck tatsächlich gibt¹⁸ und welchen Anteil sie an der gesamten Bruttowertschöpfung des Städtedreiecks haben.¹⁹

Anschließend werden die so ermittelten sektoralen Salden anhand ihres Beitrags zur regionalen Bruttowertschöpfung aggregiert. Am Ende des zweistufigen Gewichtungsverfahrens erhalten wir einen sektorübergreifenden Geschäftslage- und einen Ge-

schäftserwartungssaldo für das Bergische Städtedreieck. Das Regionale Konjunkturbarometer ist das geometrische Mittel aus den beiden Salden.

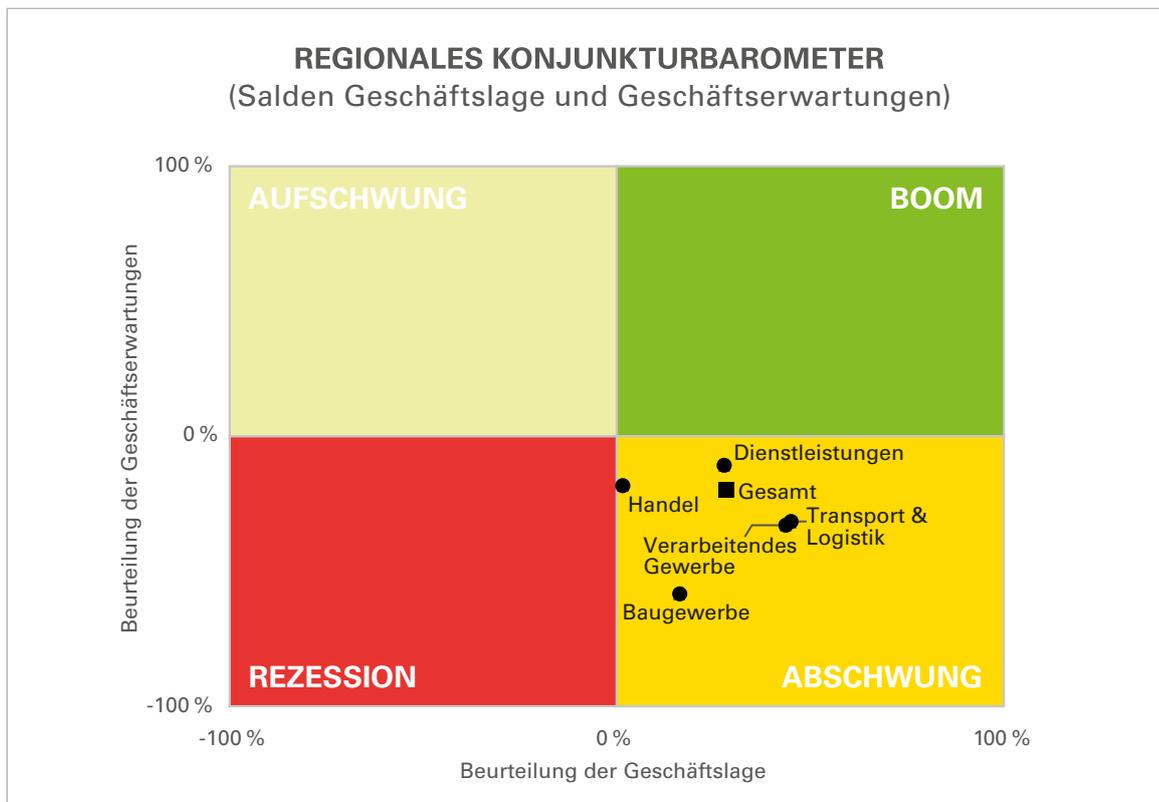
Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein konjunktureller Frühindikator. Gegenüber amtlichen Statistiken zur wirtschaftlichen Entwicklung, welche auf Kreisebene nur jährlich und mit einer zeitlichen Verzögerung von 19 Monaten veröffentlicht werden, bietet der Indikator eine zeitnahe Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage. Das Regionale Konjunkturbarometer ist besonders geeignet, um zyklische Wendepunkte im Wirtschaftsgeschehen frühzeitig zu erkennen.

¹⁸ An dieser Stelle wird die Verteilung der Grundgesamtheit und nicht die Verteilung der Stichprobe berücksichtigt.

¹⁹ Die Anzahl der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck nach Sektor und Beschäftigungsgrößenklasse sowie Angaben zum Anteil an der Bruttowertschöpfung wurden uns freundlicherweise vom Statistisches Landesamt NRW und vom Statistischen Bundesamt in Form von Sonderauswertungen zur Verfügung gestellt.

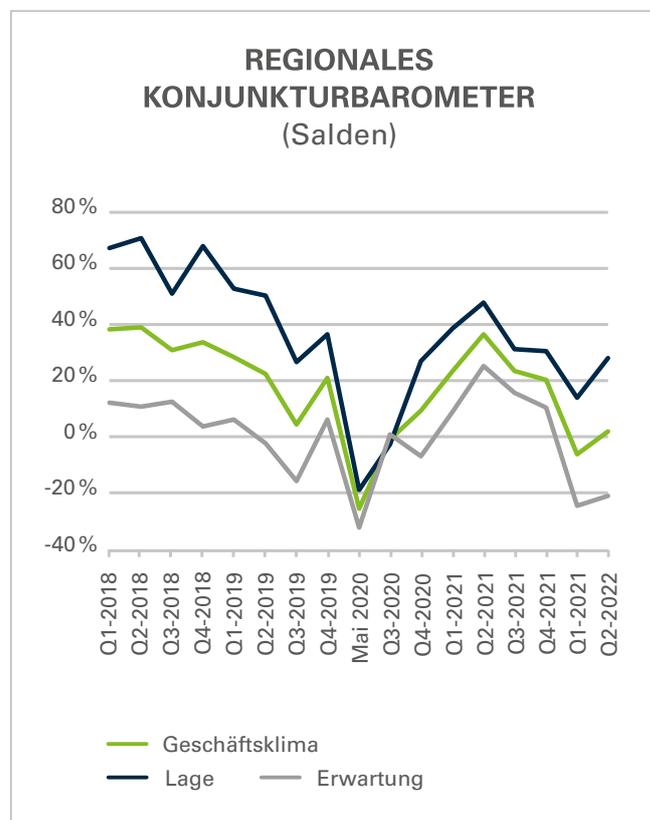


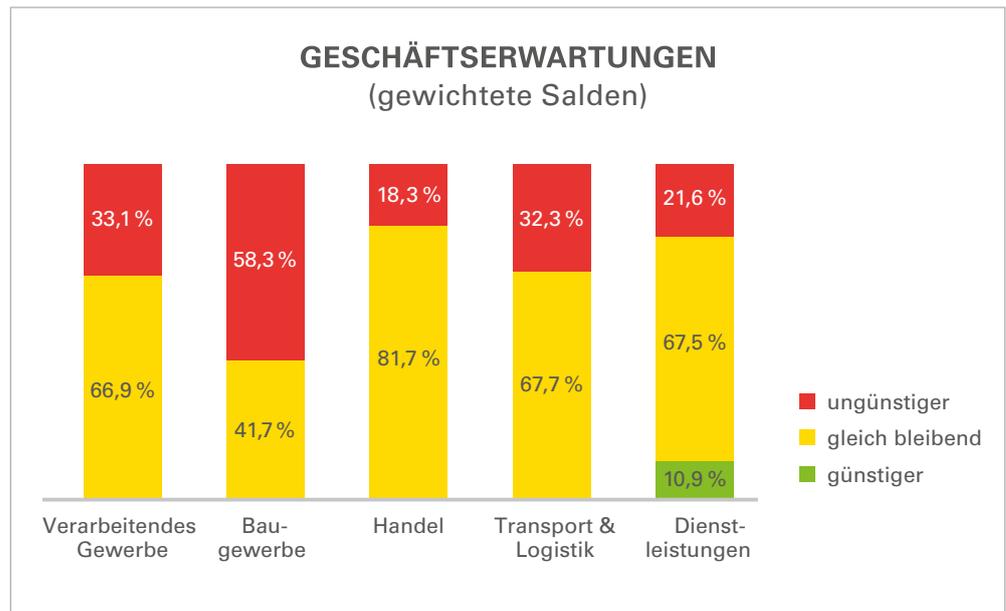
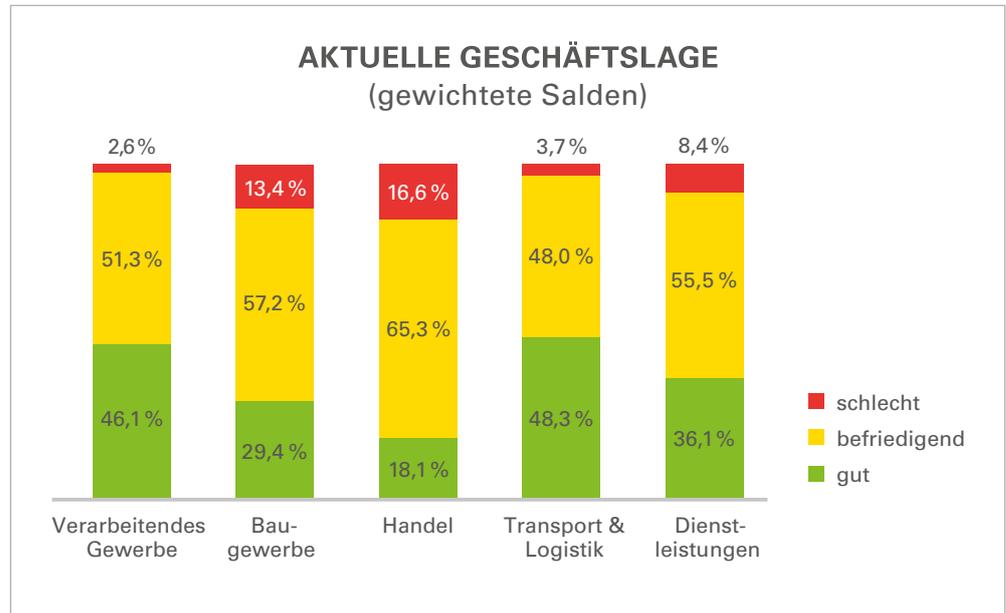
WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN



Gegenüber dem 1. Quartal 2022 hat sich das Geschäftsklima im Bergischen Städtedreieck zwar etwas verbessert, dies ist aber vor allem auf positivere Lageeinschätzungen zurückzuführen. Die Geschäftserwartungen fielen hingegen durchweg negativ aus und deuten auf einen Abschwung im zweiten Halbjahr hin.

Wie auch auf aggregierter Ebene, fielen die Bewertungen für die Lage- und Erwartungskomponente des Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe sehr unterschiedlich aus. Aufgrund voller Auftragsbücher und einer zufriedenstellenden Nachfrage, wurde die Geschäftslage im 2. Quartal überwiegend positiv beurteilt. Lediglich 2,6 % der von uns befragten verarbeitenden Unterneh-





men beurteilten ihre Geschäftslage als „schlecht“. Dennoch fielen die Geschäftserwartungen für das zweite Halbjahr 2022 überwiegend pessimistisch aus. Die Angst vor einer verschärften Energiekrise, anhaltenden Lieferengpässen sowie weiter steigenden Energie- und Rohstoffpreisen dürften die wesentlichen Treiber für diese Beurteilung sein.

Von der guten wirtschaftlichen Situation im Verarbeitenden Gewerbe konnte – als nachgelagerter Dienstleister – der Bergische Transport- und Logistiksektor profitieren. So lag der Saldowert für die Beurteilung der Geschäftslage deutlich im positiven Bereich (44,6 %). Die Geschäftserwartungen für das zweite Halbjahr 2022 fielen mit einem Saldowert

von -32,3 % hingegen mehrheitlich pessimistisch aus. Da der Tankrabatt zum ersten September ausläuft und mit weiter steigenden Energiepreisen gerechnet werden muss, ist diese Einschätzung wenig überraschend. Zudem muss bei einer sinkenden Wirtschaftsleistung im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel mit einem geringeren Transportvolumen im zweiten Halbjahr 2022 gerechnet werden.

Anders als im Verarbeitenden Gewerbe und dem Transport- und Logistiksektor haben sich die Lagebewertungen im Baugewerbe bereits im 2. Quartal 2022 merklich verschlechtert (-15,5 Prozentpunkte). Sowohl Lieferengpässe als auch gestiegene Baustoffpreise haben zu einer signifikanten Erhöhung der Baukosten geführt, die nicht vollständig auf die Bauherren abgewälzt werden konn-

ten. Zudem wird die Nachfrage nach Bauleistungen zunehmend durch die stark gestiegenen Zinsen für Baufinanzierungen gedämpft. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Inflation, den jüngsten Zinsentscheidungen der EZB sowie der Renditeentwicklung deutscher Staatsanleihen, ist ein Szenario mit weiter steigenden Bauzinsen derzeit am Wahrscheinlichsten. Entsprechend pessimistisch fielen die Geschäftserwartungen im Bergischen Baugewerbe aus.

Am schlechtesten wurde die Lage im 2. Quartal 2022 im Bergischen Handel bewertet. Zwar wurde ein leicht positiver Saldowert in Höhe von 1,5 % ermittelt, eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Teilbereiche offenbart jedoch stark divergierende Lageeinschätzungen. Die beiden Extreme stellten die Rück-



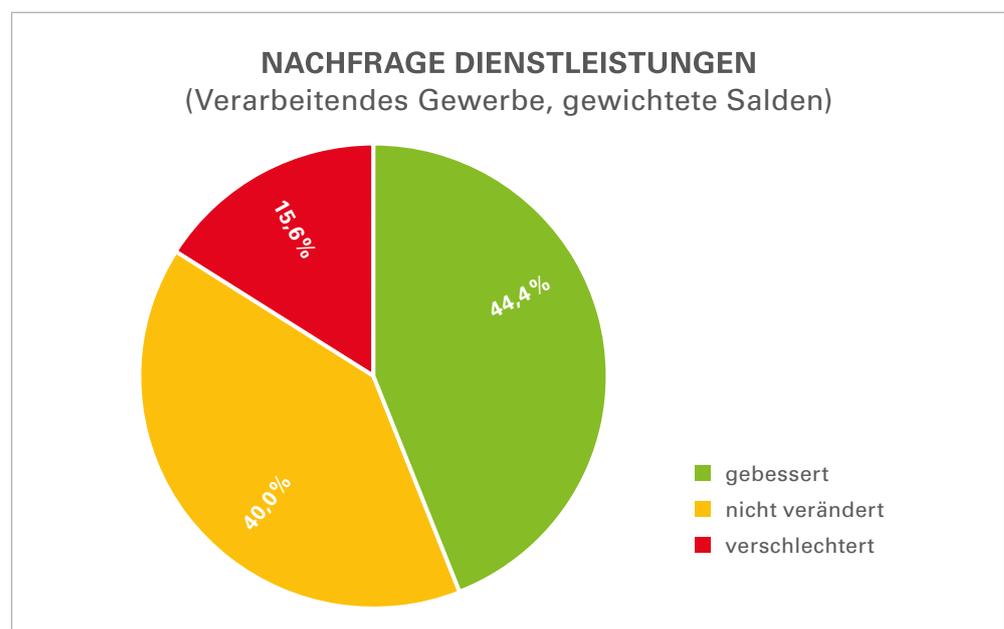
meldung aus dem stationären Einzelhandel und dem Großhandel für Maschinen und Ausrüstungsgegenstände (WZ 46.6) dar. So lag der Saldowert für die Geschäftslage im stationären Einzelhandel bei -19,2 %, was eine überwiegend negative Bewertung bedeutet. Ursache hierfür ist eine stark gesunkene Konsumneigung der privaten Haushalte, die sich wiederum auf inflationsbedingte Kaufkraftverluste sowie eine stärkere Einkommensunsicherheit zurückführen lassen. Die Geschäftserwartungen fielen durchweg negativ aus und deuten somit auf eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Handel hin.

Deutlich verbessert gegenüber dem 1. Quartal hat sich die Nachfrage im Dienstleistungssektor. Rund 44 % der befragten Dienstleistungsunternehmen aus dem Bergischen Städtedreieck gaben an, dass sich die

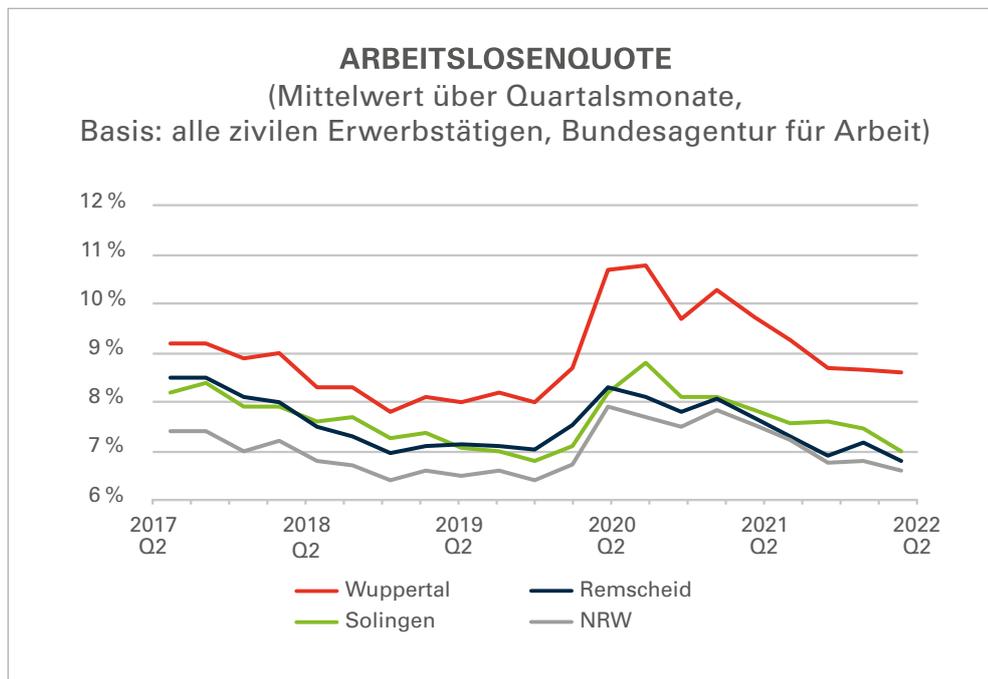
Nachfrage nach ihren Leistungen verbessert hat. Damit übereinstimmend fielen die Lageeinschätzungen ebenfalls überwiegend positiv aus. Allerdings erhöhte sich der Saldowert gegenüber dem 1. Quartal nur unwesentlich (+2,4 Prozentpunkte auf 27,7 %). Die Geschäftserwartungen lagen mit -10,7 % im negativen Bereich. Auch hier ist somit mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Dieser dürfte allerdings geringer als in den übrigen Wirtschaftssektoren ausfallen.

Insgesamt zeichnet sich somit ab, dass in den kommenden Monaten über alle Wirtschaftssektoren hinweg mit einem wirtschaftlichen Abschwung gerechnet werden muss.

An der Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer haben 264 Unternehmen (mit rund 20.000 Beschäftigten) teilgenommen.



ARBEITSMARKT



Der Arbeitsmarkt im Bergischen Städtedreieck folgt im Verlauf des 2. Quartals einem saisonüblich positiven Trend. Dabei deutet die hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Städtedreieck an, dass sich der Arbeitsmarkt weitestgehend robust gegenüber den Folgen von steigenden Energiekosten, Wirtschaftssanktionen und gestörten Lieferketten entwickelt. Wichtige Ursache hierfür bleiben jedoch anhaltende Engpässe in bestimmten Berufsfeldern.

Die Zahl der Arbeitslosen im Bergischen Städtedreieck sank zum Ende des 2. Quartals 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3.036 auf nun 25.723 Personen. Für die kommenden Monate ist mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen, da die Erfassung geflüchteter Personen mit ukraini-

scher Staatsangehörigkeit größtenteils noch aussteht. Diese sind zum 1. Juni in den Regelkreis des SGB II und damit in die Betreuung durch die Jobcenter im Städtedreieck übergegangen. Einzig in Remscheid steigt die Zahl der Arbeitslosen bereits im Juni im Vergleich zum Vormonat um 3,9 % in Folge der Fluchtmigration. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Bergischen Städtedreieck, sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf nun 8,7 %.

Teilnehmer an arbeitspolitischen Maßnahmen, Personen die kurzfristig arbeitsunfähig sind sowie ältere Arbeitssuchende nach § 53a SGB II werden von der Zahl der registrierten Arbeitslosen nicht erfasst. Ein umfassenderes Maß, welches die zuvor genannten Personengruppen miteinbezieht und somit die Gesamtanzahl

der Arbeitssuchenden erfasst, ist die Unterbeschäftigungsquote.

Im Juni 2022 galten im Bergischen Städtedreieck 40.504 Personen als unterbeschäftigt. Das sind 3.265 Personen und damit etwa 8,1 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Unterbeschäftigungsquote zeichnet – durch die Bereinigung um die Entlastungswirkung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – ein genaueres Bild realwirtschaftlicher Bedingungen. Entsprechend lässt sich an der sinkenden Unterbeschäftigung auch das hohe Beschäftigungsniveau ableiten. Dennoch erkennt man auch hier bereits erste Auswirkungen der teilweise erfolgten Erfassung ukrainischer Staatsangehöriger. Während die Unterbeschäftigung in Wuppertal und Solingen weiter sinkt, steigt in Remscheid die Zahl der als unterbeschäftigt geltenden Personen, im Vergleich zum Vormonat, um 161. Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2022 sinken jedoch in allen Städten die Unterbeschäftigungsquoten teils deutlich. In Wuppertal (+13,7 %) um 1,2 Prozentpunkte, in Solingen (+9,2 %) um 0,9 Prozentpunkte und in Remscheid (+9,3 %) um 0,3 Prozentpunkte.

Gemessen an der Zahl der offenen Stellen, die der zuständigen Agentur für Arbeit Solingen-Wuppertal gemeldet wurden, waren im März insgesamt 2.292 Stellen zu besetzen. Dies sind 26 Stellen mehr als noch im Juni des Vorjahres. Betrachtet man den Zugang neuer Stellen seit Jahresbeginn so sind, im Vergleich zum

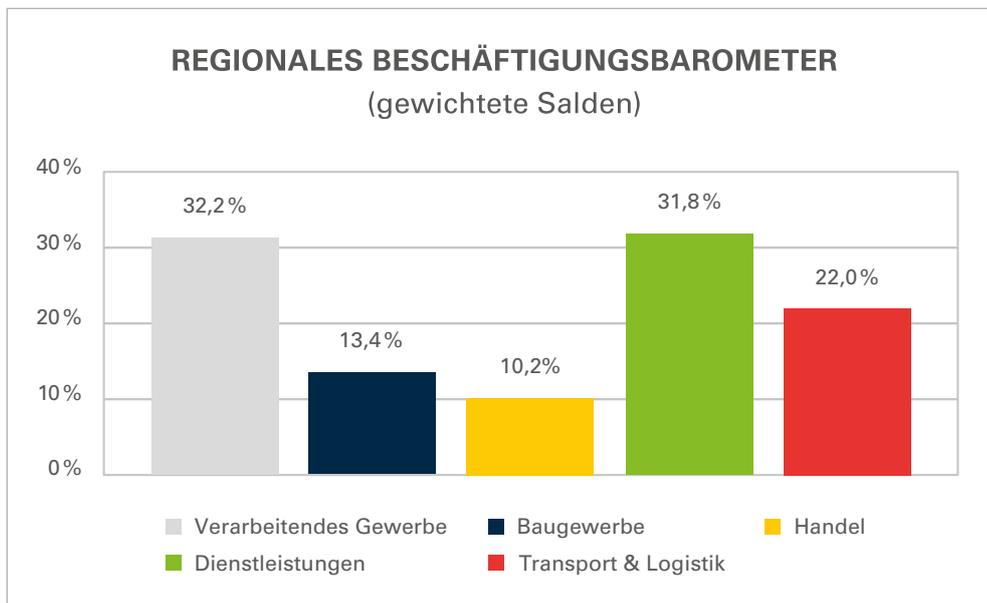
Vorjahreszeitraum, jedoch 806 neue Stellen weniger hinzugekommen. Entsprechend bewegt sich das Stellenangebot aktuell etwas weniger dynamisch.

Berufsgruppen in denen derzeit ein besonders hoher Bedarf besteht, finden sich in Teilbereichen der Logistik- und Transportbranche, Büro und Sekretariat, der Metallbearbeitung, im Verkauf sowie in Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen.

Regionales Beschäftigungsbarometer

Zum Ende des 1. Quartals 2022 zeigten sich viele Unternehmen deutlich verunsichert in Bezug auf die Geschäftsentwicklungen im weiteren Verlauf des Jahres. Höhere Energiekosten, teure Rohstoffe und gestörte Lieferketten führten dabei insbesondere bei den Bergischen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zu einer deutlichen Zurückhaltung in den Personalplanungen für die kommenden sechs Monate. Trotz weiterhin bestehender Unsicherheiten mit Blick auf die Geschäftsentwicklung deutet das Regionale Beschäftigungsbarometer zum Ende des 2. Quartals jedoch eine auffallend hohe Einstellungsbereitschaft an.

Insgesamt beläuft sich der Gesamtsaldo der gewichteten positiven und negativen Rückmeldungen der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck auf 27,6 %. Im 2. Quartal 2022 steigt der Wert damit deutlich um 24,6 Prozentpunkte gegenüber dem 1. Quartal.



Der Anstieg des Regionalen Beschäftigungsbarometers zeugt von den im 2. Quartal nahezu flächendeckend gestiegenen Lageeinschätzungen der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Einstellungsbereitschaft zunehmend durch den Bedarf an einschlägig qualifizierten Fachkräften getrieben ist. Entsprechend deuten die Ergebnisse des Regionalen Beschäftigungsbarometers auf eine Entkopplung von Personalplanung und Geschäftserwartungen hin. Insbesondere im Dienstleistungssektor und im Verarbeitenden Gewerbe zeigen sich deshalb nicht unerwartete Anstiege des Regionalen Beschäftigungsbarometers.

Unternehmen des Dienstleistungssektors im Bergischen Städtedreieck bewerten die konjunkturelle Lage – trotz leicht gesunkener Geschäftserwartungen zum Ende des 2. Quartals – weiterhin positiv. Der Saldowert

des Regionalen Beschäftigungsbarometers fällt mit 31,8 % noch einmal deutlich positiver aus als zum Ende des 1. Quartals 2022. Insbesondere die anhaltend hohe Einstellungsbereitschaft im Gastgewerbe und bei Event-Dienstleistern deutet dabei auf die möglichen Auswirkungen struktureller Veränderungen des Arbeitskräfteangebotes im Verlauf des Pandemiegeschehens in den Vorjahren hin.

Im Verarbeitenden Gewerbe steigt das Barometer um knapp 33 Prozentpunkte auf einen Saldowert von 31,2 %. Hier deuten sich somit ebenfalls Beschäftigungszuwächse für die nächsten sechs Monate an.

Unternehmen der Transport & Logistikbranche erfüllen wichtige vor- und nachgelagerte Funktionen als Bestandteil der Wertschöpfungsketten nahezu aller Wirtschaftszweige. Der positive Saldowert von 22,0 % zeigt eine anhaltende Einstellungsbereit-



schaft der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck an. Auch hier ist davon auszugehen, dass der positive Trend – nach einem eher zurückhaltenden Saldowert im 1. Quartal des Jahres – auf noch offene Potentiale zur Optimierung der Personalausstattung zurückzuführen ist.

Die Saldowerte für die Unternehmen des Baugewerbes (+13,4 %) und im Handel (+12,6 %) sinken im Vergleich zum Vorquartal leicht. Ähnlich wie auf nationaler Ebene scheinen die Personalplanungen ein wenig vorsichtiger auszufallen. Angesichts hoher Inflation und weiterhin bestehender Unsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung von Rohstoffpreisen und Inflation scheint die leicht sinkende Tendenz allerdings im Einklang mit den Lageeinschätzungen und den aktuellen Geschäftserwartungen zu stehen. Während die Unternehmen des Baugewerbes im Bergischen Städtedreieck sich zuletzt weitestgehend robust gegenüber den geopolitischen Unsicherheiten zeigten, sind die Geschäftserwartungen anhaltend negativ. Ähnlich gehen auch die Bergi-

schen Unternehmen im Handel nicht von einer Veränderung ihrer aktuellen Geschäftslage aus. Betrachtet man den Handel jedoch differenzierter, fällt auf, dass Personalbedarfe vor allem in bestimmten Wirtschaftszweigen des Großhandels bestehen. In den übrigen Teilbereichen im Handel, insbesondere im Einzelhandel, ist die Einstellungsbereitschaft leicht rückläufig.

Der Arbeitsmarkt im Bergischen Städtedreieck zeigt sich zum Sommer hin weitestgehend robust gegenüber den aktuellen geopolitischen Verwerfungen. Es ist zu erwarten, dass der Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten noch stärker durch die Auswirkungen der Fluchtmigration aus der Ukraine beeinflusst wird. Das Regionale Beschäftigungsbarometer deutet eine anhaltend hohe Einstellungsbereitschaft an. Es ist anzunehmen, dass zum einen über alle Wirtschaftssektoren hinweg fortwährende Fachkräfteengpässe, zum anderen strukturelle Veränderungen des Arbeitskräfteangebots in einzelnen Branchen, Ursache für den anhaltend hohen Personalbedarf sind.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bergische Universität Wuppertal
Wuppertaler Institut für Unternehmensforschung
und Organisationspsychologie
Tel: +49 (0)202 439-2905
Fax: +49 (0)202 439-3168
info@regionales-konjunkturbarometer.de
<https://regionales-konjunkturbarometer.de>

Verantwortlich für den Inhalt & Redaktion

Prof. Dr. André Betzer
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet

Autoren

Vorwort:

Prof. Dr. André Betzer und
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet,
Marc Herbrand und Simon Funken

Bergisches Städtedreieck:
Markus Doumet und Simon Funken

Redaktionsschluss: 02.08.2022

Gestaltung

gt.artwork, Gitta Tietze, Viersen

Lektorat

Dr. Bernhard Labonde, Köln

Bildnachweise

Titel: colourbox.de, S. 2: Philipp Buron,
S. 4: Parradee – stock.adobe.com,
S. 9: and.one – stock.adobe.com,
S. 14: DOG-Pix – stock.adobe.com,
S. 18: Antonioguilletm – stock.adobe.com,
S. 22: alfotokunst – stock.adobe.com,
S. 26: Yuttana Studio – stock.adobe.com
S. 29: Philippe Ramakers – stock.adobe.com
S. 34: Coloures-Pic – stock.adobe.com

